



SCHWEIZERISCHE FLÜCHTLINGSHILFE

ORGANISATION SUISSE D'AIDE AUX RÉFUGIÉS

ORGANIZZAZIONE SVIZZERA AIUTO AI RIFUGIATI

SFH OSAR

Gambia

Länderbericht, Auszug aus der HWV-Dokumentation zu Westafrika vom November 2000

Jürg Schneider

© 2000  Schweizerische Flüchtlingshilfe, Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt

MONBIJOUSTRASSE 120 • POSTFACH 8154 • CH-3001 BERN
TEL 031 370 75 75 E-MAIL INFO@sfh-osar.ch
FAX 031 370 75 00 INTERNET <http://www.sfh-osar.ch>
PC-KONTO 30-16741-4 SPENDENKONTO PC 30-1085-7

MEMBER OF THE EUROPEAN COUNCIL ON REFUGEES AND EXILES  MITGLIED DER ZEW



Inhaltsverzeichnis

1	The Republic of the Gambia	1
2	Allgemeine Angaben.....	3
3	Geschichtlicher Überblick	4
4	Staat und politisches System.....	5
	4.1 Politische Parteien.....	6
	4.2 Wichtige politische Persönlichkeiten.....	7
5	Regionale und internationale Vernetzung	8
6	Gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich relevante Gruppierungen	9
7	Menschenrechtslage.....	9
8	Situation der letzten zwei Jahre und aktuelle politische Lage	12
9	Wirtschaft und Soziales.....	13
10	Konflikte	14
11	Bibliographie	14

1 The Republic of the Gambia¹

Fläche	11'295 qkm
Einwohner (1998)	1,2 Mio.
davon in Städten % (1997)	30 %
Wichtigste Städte	Banjul, Serekunda, Brikama
Hauptstadt	Banjul
Administrative Gliederung	6 Bezirke (darunter ein Hauptstadtbezirk)
Unabhängigkeit	18. Februar 1965 (ehemals britische Kolonie)
Sprachen	Englisch (Amtssprache), Manding, Wolof, Fulani und weitere 20 Sprachen; Arabisch (Schulpflichtsprache)
Ethnische Zusammensetzung	44 % Mandingo, 18 % Fulbe, 12 % Wolof, 7 % Diula, 7 % Sarakole
Religionen	85 % Muslime, 10 % Christen (meist Protestanten), Naturreligionen
BIP (1998)	413 Mio. US-Dollar
Währung	1 Dalasi = 100 Bututs
Präsident/Politische Führung	Staats- und Regierungschef seit 1994 Yahyah Jammeh
Politisches System	Präsidentialrepublik seit 1970, Verfassung von 1997, Parlament mit 49 Mitgliedern (Wahl von 45 Mitgl. alle 5 J., 5 vom Staatsoberhaupt ernannt), Direktwahl d. Staatsoberh. alle 5 J., Wahlrecht ab 18 J.
Letzte Wahlen	Präsidentschaftswahlen September 1996, Parlamentswahlen Januar 1997

¹ Angaben aus: World Development Report 1999/2000, Fischer Weltalmanach 2000, Economist Intelligence Unit 1999-2000.

GAMBIA – Schlüsseldaten auf einen Blick

Sozialindikatoren

Bevölkerung in Mio.	1.2	
Bevölkerungsdichte. Personen pro qkm	122	
Bevölkerungswachstum % Durchschnitt jährlich	2.3	
Bevölkerung in Städten % der Bevölkerung	20	30
Analphabeten % der Bevölkerung Alter 15+	67	
Einschulungsrate Primarstufe in % der schulpfl. Bevölkerung	77	
AIDS infizierte in % der erwachsenen Bevölkerung (15-49)	2.24	
Radios pro 1000 Einwohner	164	
Fernseher pro 1000 Einwohner	k.A.	
Telephone pro 1000 Einwohner	18.7	
Ausgaben des Staates für Bildung und Erziehung in % des BIP	5.5	
Ausgaben des Staates für Gesundheit in % des BIP	k.A.	
Militärausgaben in % des BIP	k.A.	3.9
Flüchtlinge gesamt	7'300	10'300
Internally displaced persons		k.A.

Schlüsseldaten der Wirtschaft und langfristige Trends

BIP pro Kopf in US-Dollar	340
BIP in Mio. US-Dollar	413
Gesamtverschuldung in Mio. US-Dollar	470
Verhältnis Gesamtschulden/BIP	104.9
Verhältnis Schuldendienst/Exporte	10.8
Wachstum BIP Durchschnitt jährlich in %	5.0
Wachstum BIP pro Kopf Durchschnitt jährlich in %	2.0

Wirtschaftsstruktur

Anteil der Landwirtschaft am BIP in %	30
Anteil der Industrie am BIP in %	15
Anteil von Dienstleistungen am BIP in %	55
Veränderung Anteil Landwirtschaft am BIP 1980/1997 in %	-3.3
Veränderung Anteil Industrie am BIP 1980/1997 in %	0.0
Veränderung Anteil Dienstleistungen am BIP 1980/1997 in %	1.8

Importe und Exporte

Importe in Mio. US-Dollar	201
Exporte in Mio. US-Dollar	132
Handelspartner Import in % von Gesamt: China: 25,1; UK: 10,4; NL: 7,4; Côte d'Ivoire: 7,0.	
Handelspartner Export in % von Gesamt: Belg.-Lux.: 36,2; Norwegen: 17,6; Ukr.: 15,1.	

2 Allgemeine Angaben



Die Republik Gambia liegt am Atlantischen Ozean und erstreckt sich beiderseits des Gambiaflusses, in west-östlicher Richtung wie ein Wurm ins Kontinentalinnere. Gambia ist mit nur knapp 12'000 qkm der kleinste Festlandstaat Afrikas. Von Westen nach Osten beträgt die Ausdehnung 350 km, von Norden nach Süden zwischen 25 und 50 km. Das Staatsterritorium wird auf drei Seiten von Senegal umschlossen. Gambia ist Teil des Senegal-Gambia-Tieflandes. Höhen über 200 m werden nicht überschritten. Den grössten Teil des Landes bildet eine Flusslandschaft, die im Bereich der Mündung teilweise sumpfig ist. Das Klima ist tropisch-wechselfeucht. Die Regenzeit dauert von Juni bis Oktober und bringt Niederschläge zwischen 1000 und 1600 mm. In Richtung des Landesinnern nehmen die Niederschläge ab, dementsprechend verändert sich die Vegetation; von Mangrovenwäldern an der Küste zu Feuchtsavannen und schliesslich am Oberlauf des Gambia zu Trockensavannen.

Gambia ist mit 122 Einwohnern/qkm sehr dicht besiedelt. Das Bevölkerungswachstum beträgt 2,3 % und unterscheidet sich damit wenig von dem der anderen westafrikanischen Staaten. Etwa 30 % der Bevölkerung lebt in Städten. Die Definition von Stadtgrenzen bereitet einige Unklarheiten und Probleme und damit ist diese Zahl mit der entsprechenden Vorsicht zu interpretieren.

Das Land verfügt über wenige natürliche Rohstoffe, Gerüchte über Offshore-Ölvorkommen in gambischen Gewässern haben sich nicht bestätigt. Die meisten Menschen sind in der Landwirtschaft tätig, die aber nur zu rund 30 % zum BIP beiträgt. Die Erdnussproduktion dominiert die Landwirtschaft. Sie nimmt mehr als die Hälfte aller kultivierten Flächen ein und beschäftigt zur Anbau- und Erntezeit beinahe alle Bauern. Neben Erdnüssen wird



Baumwolle und Reis angebaut und Viehzucht, auch für den Export, betrieben. Wegen der völlig ungenügenden Grenzkontrollen zu Senegal soll Gambia gemäss verschiedenen Berichten zu einem Paradies für westafrikanische Schmuggler geworden sein. Ein Grossteil der senegalesischen Landwirtschaftsproduktion wird danach illegal über den Hafen von Banjul verschifft.

Gambia war lange eines der wenigen demokratischen Länder Westafrikas. Trotz eines Mehrparteiensystems und trotz Oppositionsparteien, die in regelmässigen Abständen ins Parlament gewählt wurden, gelang es Präsident Sir Dawda Jawara und seiner Partei, der *People's Progressive Party/PPP*, während über dreissig Jahren beinahe uneingeschränkt zu herrschen. Jawaras Herrschaft fand jedoch im Juli 1994 ein abruptes Ende, als ihn eine Gruppe junger Armeeeoffiziere aus dem Amt putschte.

Der Putsch löste in der westlichen Welt Konsternierung und Protest aus, nicht nur weil Gambia die gehätschelte, stabile Vorzeigedemokratie Westafrikas gewesen war, sondern auch, weil man nach der dritten Demokratisierungswelle Afrikas der frühen 1990er-Jahre gerade von diesem Land alles andere erwartet hätte als einen gewaltsamen Regimewechsel. Zahlungen der Gebergemeinschaft wurden darauf hin storniert, der Tourismus, ein wichtiges Standbein der gambischen Wirtschaft, erlitt massive Einbussen und die Abwertung des Franc-CFA im benachbarten Senegal tat das Übrige, um Gambias Wirtschaft in grosse Schwierigkeiten zu bringen. Jammeh schaffte es, das Land aus dem wirtschaftlichen Tief und der internationalen Isolation herauszuholen, teilweise dank der generösen Hilfe von Ländern wie Taiwan, Libyen und Nigeria und endgültig durch sein Engagement als Vermittler in den Konflikten in der Casamance/Senegal und Guinea-Bissau.

Innenpolitisch sind seine Leistungen viel schlechter. Die Menschenrechtsslage lässt sehr zu wünschen übrig. Das Recht auf freie Meinungsäusserung und Organisationsfreiheit ist eingeschränkt, die Presse sieht sich vielfachen Schikanen ausgesetzt. Mitglieder der Oppositionsparteien werden ebenfalls schikaniert und festgenommen. Im Weiteren gibt es Berichte über schwere Misshandlungen an Gefangenen. Protestkundgebungen von Studenten im April 2000 gegen den Tod eines Mitstudenten, der angeblich von den Sicherheitskräften gefoltert worden war, kosteten zwölf Menschen das Leben. In ziemlich regelmässigen Abständen kommt es zu Putschversuchen oder zumindest zu Berichten über angebliche Umsturzpläne gegen die Regierung, so zuletzt im Juli 2000.

3 Geschichtlicher Überblick

Um das Jahr 1000 gehörte Gambia wahrscheinlich zum Einflussbereich des Königreichs Ghana, ab dem 13. Jahrhundert war es Teil des Mali-Reiches. Die Erforschung und Eroberung des Territoriums durch Europäer begann 1455 mit der Landung eines in portugiesischen Diensten stehenden Venezianers, Alvise Ca da Mosto. Nach den Portugiesen und Holländern setzten sich die Franzosen und Engländer an der Mündung des Gambia fest.

Im Jahr 1765 wurde die britische Besitzung St. Louis in Senegal (später die Hauptstadt des französischen Senegal) und die Besitztümer in Gambia unter dem Namen *Senegambia* der britischen Krone als erste Kolonie in Afrika unterstellt. Bathurst, das heutige Banjul, wurde 1816 gegründet und 1843 Kronkolonie, 1888 wurde das gambische Hinterland ebenfalls britische Kronkolonie. Die Grenze zu Senegal datiert aus einem Abkommen von 1889/1904

zwischen Grossbritannien und Frankreich. Die Briten waren an einer Entwicklung der Kolonie nur am Rande interessiert und verwalteten sie von Sierra Leone aus.

Dawda Kairaba Jawara, der die *People's Progressive Party* 1959 gründete, gewann die ersten Wahlen in der Kolonie 1962 und führte Gambia drei Jahre später in die Unabhängigkeit. Nach einem Verfassungsreferendum 1970 und der Umwandlung Gambias zur Republik wurde der bisherige Premierminister Jawara Staatspräsident des Landes. Er gewann die Gunst der internationalen Finanzorganisationen und der führenden westlichen Geber, weil er das Land nach demokratischen Prinzipien regierte. Er konnte sich über drei Jahrzehnte lang an der Macht halten und seine Partei verfügte im Parlament dank einer schwachen und gespaltenen Opposition immer über eine komfortable Mehrheit.

Jawara überstand 1981 einen ersten Putschversuch, indem er senegalesische Truppen ins Land holte. Dies bereite den Weg für den Versuch einer politischen und wirtschaftlichen Vereinigung mit Senegal, der *Konföderation Senegambia*, die 1982 gegründet wurde und bis 1989 Bestand hatte. 1991 wurde dann ein realistischerer Kooperationsvertrag zwischen den beiden Ländern geschlossen.

Im Juli 1994 putschte sich eine Gruppe junger Armeeeoffiziere an die Macht und beendete die über dreissigjährige Herrschaft der PPP und Präsident Jawaras. Die meisten westlichen Länder verurteilten den Putsch vehement. Der damals 29-jährige Leutnant Yahyah Jammeh deklarierte sich zum Staatsoberhaupt und ernannte einen fünfzehnköpfigen *Armed Forces Provisional Ruling Council/AFPRC*. Die versprochenen Neuwahlen wurden zwei Jahre lang verschoben. Im August 1996 wurde das Verbot der politischen Betätigung aufgehoben und Jammeh gründete eine zivile Partei, die *Alliance for Patriotism, Reorientation and Construction/APRC*. Präsidentschaftswahlen fanden im September statt mit nur einem ernsthaften Gegenkandidaten, dem Führer der *United Democratic Party/UDP*, Ousianou Darboe. Jammeh erzielte 55,6 % der Stimmen. Die Wahl wurde von Beobachtern als "weder fair noch frei" bezeichnet. Die ersten Legislativwahlen vom Januar 1997 brachten der APRC 33 der 45 Sitze im Parlament. Die Opposition sicherte sich zwölf Sitze, die restlichen vier wurden durch den Präsidenten direkt besetzt. Seither hat der Präsident viel Aufwand betrieben – durchaus mit Erfolg –, um sein Ansehen und seine Legitimität im Ausland zu stärken. Eine grosse Regierungsumbildung fand im Januar 1999 statt, als vier lang gediente Minister aus ihrem Amt entlassen wurden, darunter der sehr unbeliebte Innenminister.

4 Staat und politisches System²

Bis zur Unabhängigkeit wurde das Territorium von der britischen Kolonialverwaltung im Rahmen der indirect rule³ regiert. Als Staatsform des unabhängigen Gambia wurde zuerst eine konstitutionelle Monarchie im Stil der britischen Westminster-Demokratie errichtet, die 1970 in eine parlamentarische Republik umgewandelt wurde.

Vor dem Putsch von 1994 war Gambia eines der wenigen afrikanischen Länder gewesen, das seit der Unabhängigkeit ununterbrochen ein Mehrparteiensystem hatte. Bis zu diesem Jahr wurde das politische System des Landes von der People's Progressive Party/PPP und

² Economist Intelligence Unit, Country Report, 4th quarter 1999; Economist Intelligence Unit, Country Profile 1999-2000, Fischer Weltalmanach 2000,

³ Die koloniale Machtausübung der Briten erfolgte wenn immer möglich "indirekt" durch die bestehenden politischen Machtstrukturen.

deren Führer Sir D. K. Jawara dominiert. Dieser war während beinahe 25 Jahren Präsident. Oppositionsparteien blieben legal und zogen – ohne allerdings grossen Einfluss zu haben – regelmässig ins Parlament ein.

Nach dem Putsch war jegliche politische Aktivität verboten, der Bann wurde erst am 14. August 1996 wieder aufgehoben. Die Opposition warf Präsident Jammeh vor, nicht wirklich an einem Demokratisierungsprozess interessiert zu sein, dazu seien u. a. die Bedingungen für die Zulassung von Parteien zu restriktiv. Tatsächlich verbot Jammeh kurz danach den wichtigsten Parteien aus der Zeit vor dem Putsch, PPP, NCP und GPP, die Teilnahme an den Wahlen; diese Parteien bleiben weiterhin verboten.

Vor 1994 zählte das Repräsentantenhaus 50 Mitglieder, davon waren 36 direkt vom Volk gewählt, fünf indirekt gewählte Chiefs ("Häuptlinge"), acht nominierte Mitglieder und der Generalstaatsanwalt (ex officio). Die Verfassung von 1996 sieht eine 49-köpfige Nationalversammlung vor, 45 direkt vom Volk gewählte und vier vom Präsidenten bestimmte. Der Präsident ernennt den Vizepräsidenten und das Kabinett, welches er aus den Mitgliedern der Nationalversammlung rekrutiert. Die Nationalversammlung kann den Präsidenten, den Vizepräsidenten und die Staatsminister mittels eines Misstrauensantrags entlassen. Nach den letzten Parlamentswahlen von 1997 hält die APRC 33 Sitze, die UDP sieben, die NRP zwei, die DOY einen und Unabhängige zwei Sitze. Von den 13 Staatsministerposten sind vier von Frauen besetzt und auch das Amt des Vizepräsidenten wird von einer Frau ausgeübt.⁴

Die UDP und die NRP sind die wichtigsten Oppositionsparteien Gambias. Ein überzeugendes politisches Programm der Opposition fehlt. Die Regierung hat die UDP wiederholt davon abgehalten, öffentliche Versammlungen zu organisieren, indem sie die Parteispitze verhaften liess. Im Gegensatz zum jugendlichen Image, welches sich die Regierung um Präsident Jammeh gibt, gehören Darboe und andere Oppositionsführer zur Generation des abgesetzten Jawara. Die PPP, NCP und GPP, welche vor dem Coup von 1994 die wichtigsten Oppositionsparteien waren, und sämtliche ehemaligen Präsidenten, Vizepräsidenten und Minister, dürfen sich politisch nicht mehr betätigen.

4.1 Politische Parteien⁵

- Alliance for Patriotic Reorientation and Construction/APRC – Yahya JAMMEH
Die APRC wurde am 26. August 1996 als Wahlplattform für die Kandidatur von Col. Yahya Jammeh für das Amt des Präsidenten gebildet. Sie war die Nachfolgeorganisation der "Bewegung 22. Juli", so benannt nach dem Datum der Machtübernahme Jammehs 1994. Damals kam die stärkste Unterstützung für Jammeh von der Ethnie der Jola, die weniger als 10 % der Bevölkerung ausmachen. Die Gründer der APRC verfolgten gemäss ihrem Programm eine Wirtschaftsentwicklung, die auf den Prinzipien des freien Marktes und einer Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten beruhte. Jammeh trat kurz vor den Präsidentschaftswahlen von 1996 von seinem militärischen Amt zurück, so wie das die neue Verfassung verlangte.
- United Democratic Party/UDP – Ousianu DARBOE, Lamin Waa JUWARA
Die UDP wurde im August 1996 vor den kurzfristig anberaumten Wahlen gegründet. Sie war die einzige ernsthafte Konkurrenzpartei zur APRC und hatte die Unterstützung der drei Parteien PPP, NCP und GPP, die vom Jammeh-Regime alle verboten worden waren.

⁴ Zustand am 1. März 1999.

⁵ Angaben aus: Political Handbook of the World 1999, Arthur S. Banks und Thomas C. Muller (eds), New York.

Der Kandidat der UDP, Darboe, ein prominenter Rechtsanwalt, wurde nach Jammeh mit 35,34 % der Stimmen Zweiter. Im Mai 1998 wurden neun Mitglieder der Partei von den Sicherheitskräften verhaftet.

- People's Democratic Organisation for Independence and Socialism/PDOIS oder DOY – Sidia JATTA, Halifa SALLAH
Die linksorientierte DOY wurde während eines Kongresses im Juli 1986 gegründet. Die Organisatoren des Kongresses, Jatta und Sallah, waren 1981 wegen der Publikation einer Untergrundzeitung verhaftet worden. Sie ist die einzige Partei, die vor dem Putsch gegründet wurde und heute noch politisch aktiv sein darf.
- People's Progressive Party/PPP – Alhadji Sir Dawda Kairaba JAWARA (vormalig Präsident von Gambia, im Exil)
Die moderate sozialistische Partei, die sich 1967 mit der *Congress Party/CP* verbunden hatte, regierte das Land von der Unabhängigkeit bis zum Putsch von 1994. Sie favorisierte lange Zeit starke kulturelle und ökonomische Verbindungen mit Senegal. Bei den Präsidentschaftswahlen von 1992 gewann Jawara 58,4 % der Stimmen. Nach dem Coup von 1994 wurde ihm von Senegal Asyl gewährt. Ende 1995 wurden mindestens 35 Aktivisten der PPP verhaftet, vorgeworfen wurde ihnen einen Putsch gegen die Junta geplant zu haben. Im Januar 1996 wurde Jawara von der AFPRC der Unterschlagung angeklagt und sein Vermögen beschlagnahmt. Zusammen mit der NCP und der GPP wurde die PPP von den Wahlen von 1996 ausgeschlossen.
- National Convention Party/NCP – Sherif Mustapha DIBBA
Die NCP wurde 1975 von Sherif M. Dibba, dem vormaligen Premierminister der Republik und Mitgründer der PPP organisiert. Er hatte früher einen Ministerposten verloren, weil er streikende Arbeiter gegen die Regierung unterstützt hatte. Obwohl Dibba im August 1981 wegen seiner angeblichen Beteiligung am Putschversuch vom Juni in Haft war, stellte er sich 1982 gegen Jawara als Präsidentschaftskandidat auf und gewann 28 % der Stimmen. 1977 gewann die NCP fünf Sitze im Parlament, 1987 ebenfalls wieder fünf und 1992 sechs. Bei den letzten zwei Wahlen wurde Dibba jeweils Zweiter hinter Jawara.
- Gambia People's Party/GPP – Hassan Musa CAMARA, Howsoon SEMEGA-Janneh
Die GPP wurde Anfang 1985 vom ehemaligen Vizepräsidenten Hassan M. Camara und einer Reihe weiterer PPP-Dissidenten gegründet. Bei den Wahlen von 1987 gewann Camara nur 13 % der Stimmen und die Partei keinen Sitz im Parlament. 1992 wurde er wiederum Dritter, die Partei selbst gewann zwei Sitze in der Legislative.

4.2 Wichtige politische Persönlichkeiten

Colonel Yahyah Jammeh: Als Anführer einer Gruppe junger Armeeeoffiziere kam er im Juli 1994 an die Macht. Grund für den Putsch war das "korrupte und unmoralische" Regime von Präsident Jawara. Er und seine Partei gewannen die Wahlen vom September 1996 und Januar 1997.

Colonel Baboucar Jatta: Colonel Jatta war Mitglied der Putschistengruppe von 1994. 1999 wurde er in seiner Funktion als Kommandant der Armee auf den neugeschaffenen Posten des *army chief-of-staff* befördert, was ihn zum Kommandanten aller Armeeeinheiten macht.

Ousmane Badjie: Der 32-jährige ehemalige operationelle Verantwortliche der Polizeikräfte wurde im Januar 1999 zum Innenminister ernannt und löste dort den unpopulären Momodou Bojang ab, der seit 1994 im Amt gewesen war.



Edward Singhateh: Singhateh ist die rechte Hand des Präsidenten. Er war eine der Schlüsselfiguren beim Coup von 1994. Er wäre 1997 zum Vizepräsidenten ernannt worden, wenn nicht die Verfassung ein Mindestalter von 30 Jahren vorgeschrieben hätte (er war damals 27 Jahre alt).

Ousainou Darboe: Der Rechtsanwalt Darboe ist der Führer der Oppositionspartei UDP. Er gewann bei den Präsidentschaftswahlen von 1997 35 % der Stimmen. Ebenfalls sehr einflussreich innerhalb der UDP ist **Lamin Waa Juwara**, der seit 1994 mehrmals verhaftet und angeblich gefoltert worden ist.

5 Regionale und internationale Vernetzung

In der Zeit des Kalten Krieges bekannte sich Gambia formal zum Lager der Blockfreien und unterhielt gleichzeitig mit Grossbritannien – seinem wichtigsten Donator – und den afrikanischen Commonwealth-Staaten (insb. Sierra Leone und Nigeria) enge Beziehungen. Die bei weitem wichtigste aussenpolitische Frage betraf diejenige zur Beziehung mit dem Nachbarland Senegal. 1967 unterzeichneten die beiden Länder einen Assoziationsvertrag, der gewisse gemeinsame politische Strukturen vorsah und Bereiche wie die Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen und der Entwicklung des Gambia-Beckens umfasste. Im Februar 1982 wurde schliesslich die Konföderation Senegambia gegründet. Als die Verbindung 1989 wieder aufgelöst wurde, waren nur wenige der gemeinsamen Ziele überhaupt ernsthaft angegangen worden. Trotzdem wurde 1991 ein Freundschafts- und Kooperationsvertrag geschlossen. 1993 schloss Senegal wegen des grassierenden illegalen Handels zwischen den beiden Ländern die Grenzen zu Gambia.

Präsident Jammeh, nach seiner Machtergreifung international isoliert, bemühte sich durch eine aktive Aussenpolitik um eine Festigung seiner Position und die Herstellung neuer Bindungen. Gambia wurde 1998 für zwei Jahre nichtständiges Mitglied im UNO-Sicherheitsrat. Es unterstützte dort die USA in der Irak-Krise und vertrat trotz seiner Kooperationsbereitschaft mit den Grossmächten auch eigene Standpunkte. In der Lokerbie-Frage stellte es sich im Sicherheitsrat auf die Seite Libyens, zu dem es enge und wichtige Beziehungen unterhält. Beziehungen bestehen ausserdem zu Taiwan, Kuba und zahlreichen islamischen Staaten des Mittleren Ostens.

Nigeria ist ein weiterer wichtiger aussenpolitischer Partner. Am 13. Gipfel der ECOWAS Ende Mai 1990 wurde auf die Initiative von Nigeria hin ein *Standing Mediation Committee/SMC* gegründet, um Wege aus dem 1989 ausgebrochenen liberianischen Krieg zu finden. Gambia war unter den Gründungsmitgliedern des Komitees und entsandte später Truppen in die von der ECOWAS geschaffene Eingreiftruppe ECOMOG. Als Vorsitzender der ECOWAS und des SMC war Jawara eine treibende Kraft in der frühen Phase des Friedensprozesses zwischen Mai 1990 und März 1991. Gemäss Aussagen des liberianischen Präsidenten Charles Taylor stand der von Taylor gestürzte Diktator Samuel Doe mit Sir Dawda Jawara in Geschäftsbeziehungen. Vereinzelt Kämpfer aus Gambia sollen sich in den Truppen der NPFL, der Rebellenorganisation Taylors, bei deren Invasion nach Liberia befunden haben. Das dreissigjährige demokratische Regime Jawaras wurde im Juli 1994 durch rebellierende ehemalige ECOMOG-Offiziere beendet, die zudem unter dem Kommando nigerianischer Militärberater standen.⁶

⁶ Dirk van den Boom (1996), Regionale Kooperation in Westafrika, Inst. für Afrika-Kunde, Hamburg, p. 96.

Im Juni 1999 war Gambia Gastgeberin für die erfolgreichen Gespräche zwischen Senegal und der Rebellenbewegung *Mouvement des Forces Démocratiques de Casamance/MFDC*. Es bestanden jedoch Zweifel an der Neutralität des gambischen Präsidenten. Er ist ein Mitglied der Ethnie der Diula, die in Gambia zwar nur eine Minderheit ist, in der Casamance aber sehr zahlreich vertreten ist und die MFDC stark unterstützt. Ein Jahr früher bemühte sich Jammeh um eine Friedenslösung in Guinea-Bissau, dort konnte er im Rahmen der ECOWAS-Friedensbemühungen die beiden Kontrahenten in Banjul zusammenbringen. Allerdings wurde ihm auch in diesem Konflikt von verschiedenen Seiten unterstellt, keine neutrale Position einzunehmen, sondern die Rebellen um Ansumane Mané, der in Gambia aufgewachsen ist, zu unterstützen.

6 Gesellschaftlich, politisch und wirtschaftlich relevante Gruppierungen

Etwa 85 % der Bevölkerung sind sunnitische Muslime. Der Islam sunnitischer Prägung ist wie im Senegal zwar auch in Bruderschaften organisiert, innen- und wirtschaftspolitisch aber nicht so einflussreich. Der Islam in Gambia ist kein monolithischer Block, sondern setzt sich aus verschiedenen Glaubensrichtungen zusammen. Eine davon ist die Ahmadiyya-Bewegung, die Ende des 19. Jahrhunderts in Indien gegründet wurde. Sie wird von orthodoxen religiösen Autoritäten als häretisch und damit nicht zum Islam gehörig eingestuft. Die ausländische Führung der Bewegung verliess 1997 Gambia, weil sie eine Verfolgung befürchtete, nachdem sie vom einflussreichen Imam der Moschee im Legislaturgebäude kritisiert worden war. 1998 ist der gambische Führer der Bewegung aus dem Exil zurückgekehrt und die Institutionen der Ahmadiyya sind wieder geöffnet.

Etwa 10-15 % der Bevölkerung sind Christen. Ihre Stellung wurde durch die Wahl eines Gambiers zum Bischof der anglikanischen Kirche im Januar 1990 und den Besuch des Papstes im Februar 1992 gestärkt. Im Kabinett sind vier Christen vertreten.

Ethnische Konflikte sind, soweit vorhanden, importiert. Sie haben vornehmlich mit der in der grenznahen senegalesischen Region Casamance operierenden Separatistenbewegung zu tun. Dies ist damit aber mehr ein Flüchtlingsproblem, da viele Senegalesinnen und Senegalesen ungeachtet ihrer ethnischen Zugehörigkeit vor den dort marodierenden Banden flüchten.

7 Menschenrechtslage⁷

Die Lage der Menschenrechte ist allgemein schlecht und wird von verschiedenen lokalen und internationalen Organisationen kritisiert. Danach behindern, verfolgen und foltern die Sicherheitskräfte insbesondere oppositionelle Politiker und Journalisten, aber auch Zivilisten sind vor dem Machtmissbrauch der Ordnungskräfte nicht sicher. Die Behörden untersuchen Menschenrechtsverletzungen, die durch die Sicherheitskräfte begangen werden, nicht

⁷ Die folgenden Ausführungen stützen sich im Wesentlichen auf: U.S. Department of State, 1999 Country Reports on Human Rights Practices, 25. Februar 2000; Human Rights Watch, World Report 1999; Amnesty International, Jahresbericht 2000.



oder nur sehr lax. So gab es keine Untersuchungen zum Fall der acht Mitglieder der Oppositionspartei UDP, die 1997 inhaftiert und gefoltert worden waren.

Es gab 1999 keine politisch motivierten oder extralegalen Hinrichtungen oder Entführungen. Obwohl die Verfassung Folter, unmenschliche oder erniedrigende Bestrafungen verbietet, schlagen und misshandeln die Sicherheitskräfte Gefangene.

Die Verhältnisse in den Gefängnissen sind schlecht, sie kommen grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung gleich. Amnesty International berichtet über schwere Misshandlungen an Gefangenen im Zentralgefängnis Mile 2. Frauen leben in einem separaten Zellenblock. Inspektionen der Gefängnisse durch lokale und internationale Organisationen sind möglich. Es gibt keine Berichte über politische Gefangene.

Die Verfassung garantiert eine unabhängige Judikative. Diese sieht sich jedoch, insbesondere auf den unteren Ebenen, oft Druck von Seiten der Exekutive ausgesetzt. Dennoch haben die Gerichte bisweilen ihre Unabhängigkeit, zum Teil auch in wichtigen Fällen, bewiesen. Das Rechtssystem umfasst den Obersten Gerichtshof, der im Dezember 1999 eingesetzt wurde, ein Appellationsgericht, obere Gerichte und acht Friedensrichter. Dorfchefs stehen lokalen Gerichten auf der Dorfebene vor. Traditionelles Gewohnheitsrecht, islamisches Recht (Shari'a) und europäisches Recht (britisches System) bestehen nebeneinander und regeln unterschiedliche soziale Bereiche.

Der Geheimdienst *National Intelligence Agency/NIA* und der Staatssekretär für Inneres haben weitgehende Vollmachten, Personen ohne Anklage praktisch unbeschränkt lange in Haft zu halten, wenn "die nationale Sicherheit gefährdet ist", ein Recht von dem die NIA wiederholt Gebrauch machte.

Die Regierung beschränkt die Meinungs- und Pressefreiheit beträchtlich. Bürger werden wegen regierungskritischen Äusserungen, die sie in der Öffentlichkeit machen, verhaftet. Ebenso beschränkt die Regierung die Versammlungs- und Organisationsfreiheit ihrer Bürgerinnen und Bürger. Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen ist allgemein verbreitet, ebenso Kinderarbeit.

Die private Radiostation *Citizen FM* wurde 1998 vom Geheimdienst geschlossen, offiziell wegen Nichtbezahlung der Lizenzgebühren. Sie blieb während des ganzen Jahres 1999 zu. Von den Printmedien haben insbesondere *The Daily Observer* und *The Independent* unter Repressalien zu leiden. Immer wieder werden Mitarbeiter oder die Führungsspitze dieser Zeitungen verhaftet. Bis März 1999 stand der *Observer* unter offener Überwachung der Einwanderungsbehörden. In früheren Jahren waren viele ausländische Journalisten des Landes verwiesen worden. Im Mai wurde die Zeitung von einer, wie es heisst, der Regierung nahestehenden Person gekauft und sofort der stellvertretende Geschäftsführer sowie ein Nachrichtenredakteur entlassen. Im Juli verfügte die Regierung nach weniger als drei Wochen des Erscheinens die Schliessung des *Independent*. Nach einer Woche konnte die Zeitung wieder erscheinen.

Das staatliche Fernsehen und Radio berichten praktisch nicht über die Aktivitäten der Opposition, ebenso wenig erhält diese dort Gelegenheit zur Darlegung ihrer Standpunkte und Programme. Die staatlichen Medien dienen als Propagandainstrumente der Regierung und derjenigen, die sie unterstützen.

Zusätzlich zur andauernden Behinderung der Presse gibt es ein weiteres Problem, welches die lokalen Menschenrechtsorganisationen auf den Plan rief: Die von der Regierung geführ-

te Kampagne gegen die illegale Einwanderung. Tatsächlich heisst das, dass alle Gambier und Gambierinnen immer eine nationale Identitätskarte auf sich tragen müssen, während alle Ausländer, mit der Ausnahme der Senegalesen, eine Aufenthaltserlaubnis vorweisen müssen. Das hat zu Klagen der Bevölkerung über häufige Belästigungen durch die Polizei geführt, wenn die geforderten Papiere, insbesondere an den wichtigen *checkpoints* ausserhalb Banjuls, nicht vorgewiesen werden konnten. Zudem sind die Kosten für die Ausstellung einer ID für viele Leute einfach zu hoch.

Sieben der neun wichtigsten Ethnien Gambias praktizieren die Genitalbeschneidung ihrer Frauen und Mädchen. Sie erfolgt an Säuglingen und auch noch an 18-jährigen Frauen. Ein von der WHO zitierter Bericht gibt den Prozentsatz der beschnittenen Frauen mit 79 % an. Allerdings ergeben sich signifikante Unterschiede zwischen den einzelnen Ethnien (100 % bei den Mandingo und Sarakole, 93 % bei den Peuhl, 65,7 % bei den Diula und nur 1,9 % bei den Wolof). Keine der Gruppen praktiziert die extremste Form der Beschneidung, die Infibulation.⁸

Die Regierung hat in den vergangenen Jahren Anstrengungen zur Abschaffung der Beschneidung öffentlich unterstützt, u. a. in der Gesundheitserziehung. Dennoch gibt es kein Gesetz, das die Beschneidung verbietet. Im Februar 1999 hat Präsident Jammeh erklärt, dass die Regierung die Beschneidung nicht verbieten werde und dass diese Praxis Teil der Kultur des Landes sei.

Der Abschaffung der Beschneidung stehen verschiedene Hindernisse im Weg. Eines ist der Zwang innerhalb des Familienverbandes bzw. der Druck, der von Aussen auf die Väter und Mütter ausgeübt wird, wenn sie es wagen, ihre Töchter nicht beschneiden zu lassen. Nachstehend die Meinung zweier gambischer Männer zur Beschneidung, beides sind Muslime.⁹

Omar, Vater einer fünfjährigen Tochter: "Mit meiner Tochter machen die das nicht! Unsere Mütter und Schwestern haben alle darunter gelitten! Viele Frauen haben ihre Kinder verloren. Die Beschneidung ist mit ein Grund für die hohe Kindersterblichkeit in unserem Land. Die Beschneidung ist eine Tradition, die sich nicht auf den Koran berufen kann. Die Frauen in der Regierung sind gegen die Beschneidung. Es gibt Aufklärungskampagnen. Sie sind besonders auf dem Land notwendig. Präsident Jammeh überlässt die Entscheidung jedem Einzelnen. Mit einem Gesetz ist die Beschneidung jedoch nicht abzuschaffen. Das würde keiner verstehen!"

Abdelazis, Vater einer dreijährigen Tochter: "Die junge Generation in Gambia findet die weibliche Beschneidung brutal. Aber selbst mit einem Gesetz und Strafdrohungen, wie z. B. in Frankreich, ist keine Änderung zu erreichen, da dies die Menschen nicht verstehen. Hier ist zuerst Aufklärung erforderlich! Es gibt eine Kampagne gegen die Beschneidung seitens der Regierung. Aber wenn die Menschen erfahren, dass bei einer Veranstaltung das Thema Beschneidung behandelt wird, gehen sie nicht hin. Hier spielen sehr, sehr alte kulturelle und religiöse Traditionen eine Rolle. Ich denke, dass 85 % aller gambischen Frauen beschnitten sind. Ein Befürworter der Beschneidung ist der oberste Imam in Banjul, Alhagi Abdoulie Jobe. Er beruft sich dabei auf den Koran. Es ist nicht leicht für ein aufgeklärtes Ehepaar, sich dem Druck zu entziehen. Die Familie spielt in Gambia eine wichtige Rolle. Das, was die Eltern sagen, ist absolut bindend. Ich habe eine Tochter, Aisha, drei Jahre alt. Ich bringe sie zur Grossmutter aufs Land. Dort ist sie in Sicherheit. Ich lasse sie bei ihr, bis sie zehn Jahre alt ist."

⁸ WHO, Female Genital Mutilation - An Overview, Genf 1998, [<http://www.who.int/das/cat98/fgmbook.htm>].

⁹ Afrika-Post 1/2000, p. 15.

Frauen sind weiterhin Diskriminierung und Gewalt ausgesetzt. Sexuelle Belästigungen sind nicht üblich, auch wenn einzelne solcher Fälle bekannt wurden. Die traditionellen Ansichten zur Rolle der Frauen in der Gesellschaft führen zu einer starken gesellschaftlichen Benachteiligung von Frauen bezüglich Bildung und Zugang zu Arbeit. Familien ermöglichen in den meisten Fällen zuerst den Knaben eine Ausbildung und erst dann, wenn die Mittel noch reichen, auch den Mädchen.

Das islamische Recht gilt ausschliesslich für Muslime, die gegen 90 % der Bevölkerung ausmachen. Es wird insbesondere auf Scheidungen und Erbschaftsangelegenheiten angewendet. Frauen bekommen im Allgemeinen einen kleineren Erbteil als Männer. Heiraten werden oft arrangiert und Polygynie ist, je nach ethnischer Gruppe, verbreitet. Frauen in solchen Verbindungen haben Besitz und weitere Rechte, die aus ihrem Status als verheiratete Frauen herrührt. Sie haben das Recht auf Scheidung.

Im September 1999 stimmte die Nationalversammlung einem Programm zu, durch das Frauen gleichberechtigten Zugang zu Bildung, Gesundheit und geeigneten Technologien bekommen und an Entscheidungsprozessen beteiligt werden sollen.

Die Regierung nahm 1999 etwa 3000 Menschen aus Senegal und Guinea-Bissau als Flüchtlinge auf. Insgesamt leben etwa 8000 Flüchtlinge aus Sierra Leone, Senegal, Guinea-Bissau, Liberia und anderen Ländern in Gambia, davon sind etwa 3500 Flüchtlinge aus der senegalesischen Casamance.

8 Situation der letzten zwei Jahre und aktuelle politische Lage

Trotz Verfassungsgarantien hat das Regime von Präsident Jammeh in vielerlei Hinsicht die Charakteristika eines Polizeistaates beibehalten. Die Armee bleibt ohne Zweifel seine wichtigste politische Basis. Als Oberster Befehlshaber der Armee übt er eine grosse Kontrolle über deren Führung aus. Deren Loyalität hat ihn die verschiedenen Putschversuche der letzten Jahre unbeschadet überstehen lassen. Die Armee, insgesamt 800 Mann, besteht aus zwei Infanterie-Bataillonen, einer Präsidentengarde und einer Marineeinheit von etwa 70 Mann. Die paramilitärische Gendarmerie ist rund 600 Mann stark. Der Geheimdienst und die Polizeikräfte garantieren dem Präsidenten die Kontrolle über den Staatsapparat und das politische Leben im Land.

Die Opposition sieht sich weiterhin starken Behinderungen durch die Regierung, Armee und Sicherheitskräfte ausgesetzt. Dazu gehören Verhaftungen und Störungen bzw. die Verhinderung von Parteiversammlungen. Auch was die Presse- und Meinungsfreiheit anbelangt, bleibt der Leistungsausweis der Regierung schwach.

1998 hatte der Innenminister Momodou Bojang durch den ständigen Druck auf Presseorgane, insbesondere die Mitarbeiter des *Daily Observer*, und die Oppositionspartei UDP für ständige Proteste und ein schlechtes Image des Landes gesorgt. Es stellte sich sogar heraus, dass ein Vorfall im Frühsommer in Brikama, der zur Verhaftung und Anklageerhebung gegen Mitglieder der UDP geführt hatte, konstruiert worden war. Bojang wurde im Januar 1999 im Zuge einer Regierungsumbildung zusammen mit drei weiteren, lang gedienten Ministern entlassen. Schon 1998 war es zu mehreren Regierungsumbildungen gekommen, ohne dass es aber zu den erwarteten grösseren Umbesetzungen gekommen wäre.

Am 8. Januar 1998 propagierte Präsident Jammeh bei einem Treffen mit in Banjul vertretenen Diplomaten eine neue Ära von Kooperation und Partnerschaft und bat um Unterstützung für das Entwicklungsprojekt "Vision 2020". Er forderte alle im Exil lebenden Gambier zur Rückkehr und Mitarbeit auf. Das Programm wurde bei Gesprächen mit den Gebern im Juli 1998 diskutiert und betonte die Förderung des Privatsektors. Dennoch hat sich bis jetzt keine Bewegung der Privaten in Richtung einer Beteiligung an den grossen parastaatlichen Unternehmen wie Wasser und Elektrizität gezeigt, dabei sind Erfolge in diesem Bereich entscheidend für ein weiteres Engagement des IWF in Gambia. Weiterhin bleiben auch die Korruption und verbreitetes Missmanagement ein Hindernis für die weitere wirtschaftliche Entwicklung.

Der Präsident versucht seine Herrschaft durch aussenpolitische Profilierung und Erfolge zu festigen. Er engagierte sich besonders im Zusammenhang mit den Konflikten in der Casamance/Senegal bzw. ab Juni 1998 in Guinea-Bissau. Doch innenpolitisch muss Jammeh immer wieder seine Schwäche feststellen. Letztere zeigte sich an einer Korruptionsaffäre im Erdnussektor und einem angeblichen Putschversuch.

Im Januar 2000 wurde der Landwirtschaftsminister entlassen und damit für die Probleme im Erdnussektor, dem wichtigsten Exportprodukt, verantwortlich gemacht. Im Februar 1999 war die wichtigste Ankaufsstelle für Erdnüsse wegen angeblicher Geldwäschegeschäften geschlossen worden. Dies war im Juli Grund für eine mehrwöchige Unterbrechung der Kreditvergabe durch den IWF, da dies einen ungerechtfertigten Eingriff der Regierung in die Privatwirtschaft darstellte. Präsident Jammeh hat eine Tendenz, die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse allein nach seinen Vorstellungen zu organisieren und dieser Fall könnte ein weiterer Beweis für dieses Gebaren sein.

Immer wieder kam es in der Vergangenheit zu Putschversuchen gegen Jammeh, so im November 1994, Januar 1995, November 1996 und Juli 1997. Im Januar 2000 soll ein Putschversuch vereitelt worden sein, der vom Kommandanten der Präsidentengarde, Lt. Landing Sanneh, geplant wurde.¹⁰ Im Juni 2000 wurden mehrere Personen, Offiziere und Personen, die der Regierungspartei nahestehen, verhaftet. Ihnen wurde vorgeworfen, einen Umsturz Jammehs geplant zu haben.¹¹

Protestkundgebungen von Studenten im April 2000 gegen den Tod eines Mitstudenten, der angeblich von den Sicherheitskräften gefoltert worden war, kostete zwölf Menschen das Leben.

Die nächsten Präsidentschaftswahlen sind für 2001 geplant. Wahlen auf lokaler Ebene waren für 1998 geplant gewesen und wurden, ohne Festsetzung eines neuen Datum, verschoben.

9 Wirtschaft und Soziales

Gesundheitsindikatoren wie Lebenserwartung, Kindersterblichkeit, etc. haben sich in den letzten Jahrzehnten ständig verbessert. Die Kindersterblichkeit lag 1978 bei 167 pro 1000 und 1998 bei 122 pro 1000. Die Lebenserwartung betrug 1978 für Männer 37 Jahre (Frauen 41), 1998 bei 45 Jahren (49). Trotzdem liegen diese Indikatoren unterhalb derjenigen der

¹⁰ IRIN, West Africa, 17. Januar 2000.

¹¹ IRIN, West Africa, Update 760/761, 14. Juli/17. Juli 2000.



Nachbarländer inklusive Senegal und Mauretanien. Es gibt drei Spitäler in Banjul, Bansang und Farafenye, letzteres wurde erst kürzlich mit der Hilfe von Taiwan fertiggestellt. Kuba stellte 1996 eine erste Ärzte-Equipe und sandte 1999 weitere hundert Ärzte und Ärztinnen nach Gambia. Die Aids-Rate bei der erwachsenen Bevölkerung von 15 bis 49 Jahren betrug Ende 1999 1,95 % und lag damit leicht höher als in Senegal (1,77 %), jedoch tiefer als in Guinea-Bissau (2,50 %).

Im Juli 1999 wurde nach Wochen äusserst starker Regenfälle, die das übliche Ausmass an Niederschlägen weit übertrafen, von der Regierung der Ausnahmezustand wegen dieser "Naturkatastrophe" erklärt.

10 Konflikte

Gambia ist zu klein, um sich ernsthafte Konflikte mit seinen Nachbarn, insbesondere Senegal, leisten zu können. Dieser Logik folgend versucht sich Präsident Jammeh als Vermittler in den regionalen Konflikten zu etablieren.

Der tatsächliche Konfliktstoff liegt derzeit in den internen Problemen des Landes. Jammehs harter Griff, der ihm zwar die exklusive Kontrolle über das Land garantiert, produziert gleichzeitig eine Strangulierung der Opposition und damit der politischen Dynamik. Es scheint, dass sich diese Blockade in einem Teufelskreis von Gewalt und Drohung reproduziert. Sichtbare Zeichen davon sind die häufigen Putschversuche, die massiven Menschenrechtsverletzungen und Gewaltausbrüche, wie sie das Land wieder Anfang dieses Jahres erlebt hat. Viel wird in den nächsten Jahren davon abhängen, welche aktuellen Lebensbedingungen und welche Zukunftsperspektiven der Präsident insbesondere den jungen Leuten vermitteln kann.

11 Bibliographie

- Afrika-Jahrbücher (versch. Jahre), Rolf Hofmeier (ed.), Institut für Afrika-Kunde Hamburg, Opladen
- Amnesty International, Jahresbericht 2000
- Dirk van den Boom (1996), Regionale Kooperation in Westafrika, Inst. für Afrika-Kunde, Hamburg
- Economist Intelligence Unit, Country Report
- Fischer Weltalmanach 2000
- Handbuch der Dritten Welt (1993), Dieter Nohlen und Franz Nuscheler (eds.), Bd. 4, Guinea, pp. 243-253
- Human Rights Watch, World Report 1999
- Internationales Afrikaforum
- Jeune Afrique/L'intelligent
- Lexikon der Dritten Welt (2000), Dieter Nohlen (ed.), Reinbeck b. Hamburg
- Political Handbook of the World 1999, Arthur S. Banks und Thomas C. Muller (eds), New York
- U.S. Department of State, 1999 Country Reports on Human Rights Practices, 25.2.2000
- United Nations Integrated Regional Information Network for West Africa/IRIN West Africa
- WHO, Female Genital Mutilation – An Overview, Genf 1998, <http://www.who.int/das/cat98/fgmbook.htm>